

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfachkontonummer 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschland 16,- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Aufstandsbewegung in Westungarn.

Gegen Hortih, für Karl.

Wien, 20. September. (Tsch. P. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Westungarn, daß die Aufstandsbewegung immer mehr an Umfang zunimmt. Die Zahl der im Raume von Steinamanger versammelten Insurgenten beträgt jetzt schon 30.000 Mann und immer noch erhält der Aufstand durch aus dem Innern Ungarns zu strömende Banden neue Nahrung. Oberst Lehar und Oberleutnant Hejjas sind in Steinamanger eingetroffen, wo sich auch Abg. Stefan Friedrich wieder aufhält, der die politische Leitung des Aufstandes in der Hand hält.

Das „Neue Ahtuhabendblatt“ meldet aus Wiener-Neustadt: Das Polizeikommissariat Wiener-Neustadt wurde heute mitgeteilt, daß in Dedenburg durch die Abg. Stefan Friedrich und Lindauer die westungarische Republik ausgerufen worden ist.

Die „Arbeiterzeitung“ bringt aus Budapest folgende Meldung: Friedrich hat in Budapest ein Komitee gebildet, das in jedem Komitate ein Unterkomitee hat. Dieses Komitee hat es sich zur Aufgabe gesetzt, Karl gegen den Willen der Exzente zurückzubringen, Hortih abzusehen und die Integrität des Landes wieder herzustellen. Das Komitee hat am 13. September in Budapest eine entscheidende Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, mit Hilfe der burgenländischen Kräfte ihre Pläne durchzuführen. An dem Komplott sind beteiligt außer dem Abg. Friedrich und seiner ganzen Partei, Oberst Lehar, ein großer Teil der christlich-nationalen Partei, viele Generäle und ein Teil der Opposition. Die antihabsburgischen Abgeordneten Raffay, Dozky und Ruppert sollen aus dem Wege geräumt werden.

### Die bayerische Reaktion.

Abg. Fischer zu 15 Monaten Kerker verurteilt.

Berlin, 20. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Am Montag hat es sich in Bayern endgültig entschieden, daß Rahr zur Regierung nicht wieder zurückkommt. Der geistige Führer der bayerischen Volkspartei, der Abgeordnete Feld, hatte sich gegen Rahr erklärt und gestern Abend ist im Landesausschuß der Partei die Entscheidung zu Gunsten Felds ausgefallen. Die weitere Folge dieser Entscheidung dürfte der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung sein. Ihre Presse ist über diesen Verlauf außerordentlich entrüstet und kündigt schon heute der neuen Regierung den Kampf an. Inzwischen hat die Rahr-Boehmer-Klique zu einem letzten Streich ausgeholt, indem sie den Landtagsabgeordnete Fischer von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wegen einer Versammlungstreda verhaftete und vor ein Ausnahmegericht stellen ließ. Er wurde zu 15 Monaten wegen Hochverrats verurteilt. Es war ihm zum Vorwurf gemacht worden, daß er gedroht habe, Nordbayern würde sich von Südbayern lösen. Alle Zeugen hatten aber bezeugt, daß er davon nur im dem Sinne gesprochen habe, daß die Loslösung erfolgen könnte, wenn die Regierung Rahr in ihrer Ablehnung gegen das Reich verharre. In Bayern werden also offenskundige Mörder begünstigt, dagegen Arbeitervertreter, die auch nur eine andere Abgrenzung eines Gebietes innerhalb des Deutschen Reiches im Sinne haben, unter Bruch der Zunftmunität zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

### Der Anteil der Presse.

Die tschechische nationale Volksseele ist wieder einmal im Kochen begriffen. Diesmal ist Brünn der Schauplatz ihrer Entladungen. Tausende Menschen ziehen aufgeregt durch die Straßen, stoßen deutschfeindliche Rufe aus und erwidern die Verhaftung von Menschen, denen ein bösesartiges Gerücht irgendwelche antipatriotische Handlungen andichtet, umstellen das Stadttheater, in dem an zwei Tagen der Woche deutsche Aufführungen vor sich gehen, erzwingen den Abbruch der Vorstellung und sie fordern in stürmischen Rufen, daß die Gebäude der Deutschen Technik den Zwecken der Masaryk-Universität überlassen werden. Da die Menschenmenge von der Polizeiwache am Eindringen in das Theater gehindert wird, prügeln sie, da gerade kein anderes Objekt zur Ausübung der nationalen Empörung vorhanden ist, sieben Wachleute — nebenbei bemerkt Tschechen — derart durch, daß sie, mehr oder minder verletzt, von der Rettungsgesellschaft abtransportiert werden müssen. Den äußerlichen Anlaß zu diesen Außerungen des wieder einmal entseffelten Chauvinismus bildet der Umstand, daß ein Apotheker beim Einzug des Präsidenten eine etwas verblähte Fahne aushing. Die weitere Ursache ist wohl in dem Unmut darüber gelegen, daß die Vertreter der deutschen Parteien es ablehnten, an den Guldigungsveranstaltungen für den Präsidenten teilzunehmen. Aber auch damit sind diese bedauerlichen Ereignisse, die in diesem Staate leider immer mehr eine alltägliche Erscheinung werden, nicht hinlänglich erklärt. In diesem Falle war es die chauvinistische Notiz eines tschechischen rechtssozialistischen Blattes — eines sozialistischen Blattes allerdings, dem die Verletzung sozialistischer Grundsätze weit weniger Sorgen bereitet, als die Unterlassung der Teilnahme an einer patriotischen Kundgebung — welche die Straßen lebendig werden ließ und das Signal zu den Ausschreitungen gab.

Und so ist es immer gewesen; es hat noch immer genügt, daß irgend ein tschechisches Blatt offen oder versteckt die Strahe aufrief, „Ordnung“ zu machen, Rache zu nehmen oder eine „nationale Bestregung“ durchzuführen und schon lieferte die Strahe pünktlich nach Bedarf die gewünschte nationale Empörung, Begeisterung oder Tat. Das mag in einer guten Organisation der Strahe und in einer Erkrankung der Psyche mancher Volksteile eine gewisse Erklärung finden, restlos zu verstehen ist es doch nur, wenn man den Einfluß und das Wesen der tschechischen Presse kennt. Die jegige Beschaffenheit dieser Presse ist ebenso wie ihr Ton noch immer eingestellt auf die Verhältnisse vor dem Umsturz, auf die Zeit, da die tschechische Nation um die Selbstständigkeit und Freiheit rang. Ihr Ton und ihre Geistigkeit haben seither, obwohl die Nation nicht nur die Selbstständigkeit erlangte, sondern sogar zum Herrschaftsvolle über andere Nationen wurde, keine Veränderung erfahren und sich nicht im geringsten den neuen Verhältnissen angepaßt, welche die tschechische Nation, wohl selbst an den kühnsten Träumen gemessen, als saturiert erscheinen lassen. Das tschechische Lesepublikum ist fast ausnahmslos auf eine Presse angewiesen, welche sich gegenständig im nationalen Chauvinismus zu überbieten sucht, immer wieder den nationalen Haß aufstachelnd und so das Aufbäumen der Erkenntnis der wahren Gestalt der Dinge und Verhältnisse verhindert. Raum eines der tschechischen Blätter hat sich bisher auch nur zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Klagen der Minderheitsnationen über Unterdrückung Berechtigung haben, keines hat noch je versucht, den Klagen auf den Grund zu gehen und

ihrer höchstens mit einem gewissen Maß von Spott Erwähnung getan.

Diese tägliche Aufpeitschung der nationalen Instinkte und des chauvinistischen Hasses, diese tägliche publizistische Brunnenvergiftung, mußte naturgemäß im tschechischen Volke die einstmal infolge der Brutalitäten des deutschen Chauvinismus hervorgerufene Erbitterung aufrecht erhalten und in der mit solcher Kost gefütterten Lesermenge muß die Ueberzeugung erstehen, daß jedes Maß von Lebensmöglichkeit und kulturellem Eigendasein, das der deutschen Bevölkerung gewahrt ist, eine unverdiente Gnade bedeutet, die bei der geringsten Ungebährigkeit einer ihrer politischen Parteien oder Personen auszunutzen einem tschechisch-nationalen und patriotischen Verdienst gleichkommt. Daß der deutsche Chauvinismus an dem Verderbnis des Verhältnisses der beiden Nationen ein vollgerüstet Maß von Schuld trug und noch immer trägt, haben wir, wie unser Kampf gegen ihn beweist, am allerwenigsten geleugnet. Aber war früher unser Kampf in erster Linie gegen den deutschen Chauvinismus, der ehemals im Staate der herrschende war, gerichtet und sind wir uns auch voll bewußt, daß ihn auch heute noch mancher Anteil an der Schürung des nationalen Zwistes trifft, so können wir uns doch der Tatsache nicht verschließen, daß es heute in erster Linie Pflicht der Mehrheitsnation wäre, ihren Anteil an der Zerrüttung des öffentlichen Lebens und an der Aufwühlung der Leidenschaften abzubauen. Denn so schädlich auch der deutsche Nationalismus ist, er stellt im Augenblick noch immer die kleinere Gefahr dar und vermag sich nur an den Ausartungen des tschechischen Chauvinismus zu erhitzen und zu beleben.

Daß die Tschechen im Siegestaumel nach dem Umsturz alles in rosafarbenem Lichte sahen und im Begeisterungsrausche die Vorstellung hatten, daß jede Zurücksetzung und Kränkung der Minderheitsnationen erlaubt sei, und daß sie damals die Richtigkeit und Unverletzlichkeit unserer staatlichen und nationalen Verhältnisse als Dogma betrachteten, mag erklärlich erscheinen. Jedenfalls wäre es jetzt nach drei Jahren an der Zeit, — da sie doch an dem Zustand der politischen und staatlichen Verhältnisse merken müßten, wohin die Dinge führen, — daß sie aus dem Begeisterungsrausch erwachen und die Wirklichkeit sehen lernen, wie sie ist. Es könnte ihnen dann nicht verborgen bleiben, daß die sich immer wiederholende Gewaltanwendung, die ständige Bedrohung der wahrlich nicht zu reichen Freiheiten der Minderheiten dazu führen müssen, daß in allen Menschen, selbst bei den Einsichtsvollsten und Ruhigsten, das Gefühl der Ohnmacht und der Verzweiflung entstehen und der letzte Rest des Glaubens an die einmal erwachte Einsicht der Herrschenden schwinden muß. Wenn man dem deutschen Volke, anstatt es mit der nun einmal bestehenden Tatsache des Bestandes des tschechoslowakischen Staates in seinen heutigen Grenzen als mit einer vorläufig historisch unabänderlichen Tatsache zu versöhnen, die Saat für den Gedanken austreut, daß die Sicherung seiner kulturellen Entwicklung in diesem Staate hoffnungslos erscheint und nur durch Verrückung seiner Grenzen bewirkt werden kann, so gibt es dafür allerdings kein wirkungsvolleres Mittel als Vorgänge, wie sie jetzt in Brünn zu sehen sind und wie sie vordem in Prag, Aussig, Teplitz und anderen Orten sich der Reihe nach abspielten.

Wir werden uns nicht wundern, wenn unsere Mahnung zur Einkehr von der tschechischen Presse wieder nur die Auslegung erfährt, daß wir eben nur aus Voreingenommenheit und deutschem Nationalismus heraus sprechen. Dennoch werden wir nicht erlahmen, die Giftmischereien der nationalistischen Presse, wo im-

mer wir sie finden, zu bekämpfen, wobei uns die Hoffnung trägt, daß doch einmal der Tag kommt, da die verantwortlichen Männer im Staate die Pflicht erkennen, ihre Zeitungsleute, die bedenken- und gewissenlos in unserem öffentlichen Leben haufen wie der Elefant im Porzellanladen, abzurufen und so die Stimmung für einen Ausgleich zwischen den Völkern vorzubereiten, der dem Rechte aller Nationen Rechnung trägt. Möge dies geschehen, ehe es zu spät ist!

### Der Görlicher Parteitag.

(Fortsetzung des Berichtes.)

Görlich, 19. September. (Tsch. P. B.) Dem Parteitag ist folgende Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiaussschusses über die Teilnahme der Partei an einer Koalitionsregierung zugegangen: In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch die Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erziehung der sozialistischen Gesellschaft bildet. Die Sozialdemokratie dürfe daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen, um so der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt umso notwendiger, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reiche und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält: Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reiche, den Ländern und Gemeinden, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorgane, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkerveröhnung, loyale Erfüllung des Friedensbittates in den Grenzen der Möglichkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten, in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes. Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

In seiner Begrüßungsansprache an die ausländischen Vertreter sagte der Vorsitzende Bels: „Wir begrüßen von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie Nemeec und seine Freunde. Das deutsche Reich und die Tschechoslowakei sind wirtschaftlich auf ein enges Zusammenarbeiten angewiesen. Leider sind die tschechische und deutsche Sozialdemokratie noch gespalten.“

Nemeec (Prag) sprach für die tschechische Sozialdemokratie und führte aus: „Wir stehen vor größeren Aufgaben als je. Es gilt praktische und konstruktive Arbeit zu leisten. Wir sind daran, mit unseren Kommunisten fertig zu werden. Seitdem sie die Partei gespalten

haben, ist ihre Stofkraft vermindert und der Kapitalismus erhebt wieder frech sein Haupt. Es ist schwer zu sagen, ob die Reaktion von rechts oder die von links die Arbeiterschaft mehr geschädigt hat. Wir sind entschlossen, in die Regierung und die Koalition wieder einzutreten. Wir sind zu stark, um uns in Opposition zu stellen. Wir würden damit die Republik zum Schaden auch der anderen Länder zertrümmern. (Beifall.)

Berlin, 20. September. (Wolff.) Auf dem Völkervereinigungstag hielt Abgeordneter Scheidemann, dessen frühere ablehnende Haltung gegenüber einer Koalitionsbildung der Arbeiterpartei bekannt ist, eine viel bemerkte Rede. Er sagte u. a.: Es darf nicht gesagt werden, wir gehen unter seinen Umständen mit dieser oder jener Partei zusammen in eine Regierung. Zur Zeit als die Parole „Nicht mit der Deutschen Volkspartei“ ausgesprochen wurde, war dies zweifellos richtig. Wir mühten bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufzustellen. Parteien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen und bestimmte Ministerien uns zu überlassen, können nicht dauernd von der Teilnahme an der Regierung zurückgewiesen werden. Zu beachten ist bei jeder Koalitionsregierung, daß es sich nicht um eine Gesinnungsgemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. Solange wir nicht eine sozialdemokratische Regierung bilden können, müssen wir uns auf eine Koalitionsregierung einrichten.

Berlin, 20. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Einen Hauptpunkt der bisherigen Beratungen auf dem Völkervereinigungstag bildete die Frage der Koalitionspolitik. Bisher hatte sich die Partei ganz unzweideutig gegen jede Verbindung mit der Deutschen Volkspartei erklärt, die als Stimmepartei in der Arbeiterschaft den denkbar schlechtesten Ruf besitzt, seitdem aber der Einfluß der demokratischen Partei immer geringer geworden ist und die Wortführer der Deutschen Volkspartei unter dem Eindruck des Nordes an Erzberger erklärt haben, sie seien zum Schutze der Republik bereit, hat die Leitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Schwankung vollzogen. Das kommt in den Resolutionen zum Ausdruck, die die Parteiführer dem Parteitag vorgelegt hatten und die die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei ergeben. Schon die Debatte am Montag und Dienstag hat gezeigt, daß die Mehrheit des Parteitages für die Annahme der Resolution sich entscheiden würde. Hermann Müller, Scheidemann, Eduard Bernstein, Otto Braun, Severing erklärten sich ganz unzweideutig für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Opposition machten nur die Vertreter von Frankfurt a. M., Chemnitz, Göttingen, Thüringen und Schlesien.

Hermann Müller meinte, man solle sich hüten, Stimmes zum schwarzen Mann zu machen. Der Parteitag müsse erklären, daß die S. P. D. mit allen Parteien zusammenarbeiten wolle, die mit ihr jedes Attentat auf die Verfassung abzuwehren bereit sei.

Otto Braun erklärte, daß die Partei aus einer lediglich agitierenden zu einer regierenden geworden sei, könne man sich nicht immer den Partnern ausweichen, sondern man muß den nehmen, der einem durch die Wahlergebnisse aufgezwungen werde.

Bernstein, der während des Krieges selbst zur Unabhängigen Partei gehört hatte, führte aus, daß eine Einigung mit der Unabhängigen Partei unmöglich sei, weil sie eine reine Abstimmungsliste betreibe.

Severing meinte, daß die politische Abstimmung der S. P. D. auf die Vereinigung mit den Unabhängigen weder günstig wirken, noch sie beschleunigen würde.

Die Resolution wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen.

Die Entscheidung des Parteitages der S. P. D. über die Koalitionspolitik wird wahrscheinlich bald ihre praktischen Auswirkungen zeigen. In die Reichsregierung müßte die Deutsche Volkspartei eintreten. An der preussischen Regierung wird wiederum die S. P. D. teilnehmen, und wahrscheinlich kommt es auch in Bayern zu einer Koalition zwischen der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei und der S. P. D.

### Ein polnisch-tschechischer Handelsvertrag.

Warschau, 19. September. (Tsch. B. B.) In Warschau ist eine tschechoslowakische Kommission zur Ausarbeitung des tschechoslowakisch-polnischen Handelsvertrages eingetroffen.

## Inland.

Wie es gemacht wird. Die Brüner nationaldemokratischen „Lidove Roviny“ brachten am Montag in ihrer Nachmittagsausgabe einen „Unsere Vergeltung“ betitelten Leitartikel, in welchem sie als Rache dafür, daß die deutschen Parteien sich an der Schuldigung für Masaryk nicht beteiligten, die Wegnahme der Gebäude der deutschen Technik und des Stadttheaters an den zwei Tagen der Woche, da im Theater noch deutsch gespielt wird, ankündigten. Das Ganze war ungefähr auf folgenden Ton gestimmt:

„Manche Väter befolgen die Methode, ihrem Dubein ein paar Ohrfeigen zu geben, der ohne Ursache greint, damit er Grund zum Greinen hat. Das ist vielleicht keine pädagogisch einwandfreie Methode, aber sie ist wirksam. Auch die Brüner Deutschen müssen, wenn sie schon greinen, Ursache zum Greinen bekommen. Das ist das einzige Mittel, damit sie zu greinen aufhören.“

Und so weiter in lieblicher Folge. Allerdings sagt das Blatt zum Schluß, daß man diese Bestrafung der Deutschen auf keinem Wege am „lichten Tag“ durchführen müsse und nicht durch Gewalttat, aber viele der Leser der „Lidove Roviny“ werden schon verstanden haben, wie der Artikel gemeint ist und sie waren auch am Abend zur Stelle, um gleich am besten selbst die Wegnahme des Theaters — in dem gerade deutsch gespielt wurde — und der deutschen Technik durchzuführen, denn da dies von den „Lidove Roviny“ als eine verdienstvolle patriotische Tat hingestellt wurde, wollte natürlich niemand von den wahren Patrioten zurückstehen und sie erzwingen durch Geschrei und blutige Verbrügelung einher nicht genug „patriotischer“ Nachleute, die sie am Eindringen hinderten, den Abbruch der Vorstellung. Aber nun auf einmal stiegen den „Lidove Roviny“ Bedenken auf, denn eine aufgeschaltete Volksmenge, der die Bestrafung der Deutschen durch Wegnahme ihrer Kulturstätten als herrliche und notwendige Tat gepriesen wird, kann möglicherweise im Eifer sich noch weiter betätigen und die „Lidove Roviny“ wissen es aus Erfahrung, daß dann diese Elemente bei ihrer weiteren Wirksamkeit auch nicht beim privaten Eigentum Halt zu machen und auch nicht reslos zwischen Deutschen und Tschechen zu unterscheiden pflegen. Also mußte zum Rückzug geblasen werden und am Dienstag früh suchte das Blatt wie folgt abzuwehren:

„Was geschehen ist, ist eine Schmach für das tschechische Brünn und es ist die Pflicht aller verständiger Menschen, daß sich diese Schmach nicht wiederhole. Die Teilnehmer an diesen Demonstrationen haben den Deutschen einen großen Dienst erwiesen. Die Arrangements der gestrigen Demonstration hatten die Absicht, sich vor allen Gewalttätigkeiten zu hüten — das Ergebnis beweist aber, wie solche unverantwortliche und anonyme Arrangements Begebenheiten entfesseln können, auf deren Verkauf sie dann keinen Einfluß haben. Werden sich die Demonstrationen wiederholen, dann wird sich die Heise der Stadt und der Vororte heizig gestalten, die in jedem Gedränge sitzt und der auch Plünderungen gelegen können. Die heutige deutsche Vorstellung im tschechischen Theater wird und muß sein, weil bisher der Vertrag der Stadt mit dem tschechischen und deutschen Theater noch gilt und weil in einem Rechtsstaate die nur zufällig zusammengelaufene Menge nicht die Macht haben darf, einen Vertrag zu zerreißen. Den Willen des Volkes stellen in einem demokratischen Staate die demokratisch gewählten Organe und keineswegs der auf der Gasse von Gott weiß wem ausgesprochene Haufe dar. Sehet euch die Hauptstreifen bei weiteren eventuellen Straßendemonstrationen an! Es wird notwendig sein, sie aus der Nähe zu betrachten. Die Offenlichkeit wird erschrecken, wenn es gelingt, die Inspiratoren dieser Krawalle festzustellen, über die unter den Deutschen und allen Feinden der Republik ungeteilte Freude herrscht und durch die am peinlichsten jener berührt ist, den vorgestern das tschechische Brünn gefeiert hat.“

Trefflich, was? Erst strupellos heben und dann, wenn man vor den möglichen Wirkungen der Heise erschrickt, die Ausschreitungen als Nachwerk der „Feinde der Republik“ hinzustellen! Die „Heise der Stadt und der Vororte“, wie sich die „Lidove Roviny“ ausdrücken, herauszuloden, ist eben leichter, als sie dann darauf zu beschränken, „nationale Reinigungsarbeiten“ zu vollbringen und nicht „im Gedränge zu fischen und zu plündern“. Die so rasch wechselnden Auslassungen des tschechischen nationaldemokratischen Blattes sind für einen bei uns herrschenden Geist nach mehr als einer Seite lehrreich.

Neue bürgerliche Parteibildungen in der Slowakei. Die bürgerliche Politik der nationalen Minderheiten in der Slowakei ist gleichsam ein Spiegelbild der reaktionären Politik

in der Republik haben, als weniger. Dasselbe gilt auch von den Magyaren. Ich will keine Refrimationen machen; aber Oesterreich-Ungarn war ein horrendes Unikum eines Staates, in welchem in einem Teile die Deutsche, in anderen die magyarische Minderheit die Mehrzahl der Bevölkerung ver Gewaltigte. Dieser Staat mußte zugrunde gehen. Ich will übrigens nur betonen, daß die Minderheit einsehen muß, daß dieser Staat endgültig konstituiert ist. (Slawaruse.) In dem Momente, wo alle Minderheiten das begreifen und auch die wenigen Nachbarstaaten, die eine so unerhörte illoyale Agitation betreiben, (Bravo-Rufe) kann es keine Refrimationen mehr geben. Ich verspreche und gebe Ihnen mein Wort, daß ich darauf sehen werde, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Nichtschür aller Handelns der Behörden werde. (Slawaruse.) Was die Frage der Kriegsanleihen betrifft, will ich auch offen sprechen. Im Anfange, als ich von der Heimat fern war und in Frankreich, Belgien und Rußland mich aufhielt, war ich gegen die Zahlung der Kriegsanleihen, weil ich das wahnsinnige Blutvergießen sah. Seingelehrt, habe ich mich überzeugt, daß die Armen und die Witwen von oben zum Zeichnen der Kriegsanleihen gezwungen wurden, wie auch jetzt noch Witwen und Waisen von Beamten und aus allen Klassen zu mir kommen und darüber klagen, daß sie den letzten Groschen hergeben mußten. Als ich dies sah, mußte ich mir sagen, daß ein Einlösen der Kriegsanleihen im Interesse unserer eigenen Bürger sei. Seither rate ich jedem Finanzminister, den Bedürfnissen der Kriegsanleihezeichner aufs Beste entgegenzukommen. Ich bin im Ernste aufrichtig bemüht, daß allen Bürgern, ohne Unterschied, volle Gerechtigkeit widerfähre. (Slawaruse.)

Kommunistischer Patriotismus. Die äußerst links stehende kommunistische „Rovnost“ schreibt im Bericht über eine Festaufführung am Brüner tschechischen Nationaltheater: „Zur Feier des Besuchs des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik T. G. Masaryk wurde in unserem Theater Smelanas „Verkaufte Braut“ aufgeführt. Die Aufführung der Oper war diesmal eine wahrhaft ideale. Die Begeisterung strahlte aus jeder Note. Gerade als wären sich die Mitwirkenden bewußt des besonders wertvollen Besuches Jenes, der in schweren Zeiten unsere Zuversicht war, unsere Stärkung und unser Glauben und der in dieser Zeit der allgemeinen Bedeutungslosigkeit und des Mißtrauens für alle Zeit die belebende Quelle und Kraft zur Besserung neuer dauernder Lebenswerte sein soll.“

## Eine Rede Masaryks.

Der Präsident verspricht Gerechtigkeit und Menschlichkeit als Nichtschür des Handels aller Behörden.

Preßburg, 20. September. (Tsch. B. B.) Während der vormittägigen Rezeption im Rathaus brachten Vertreter verschiedener Parteien und Gruppen der Bevölkerung ihre Wünsche und Forderungen vor, die dem Herrn Präsidenten, teilweise auch schriftlich, überreicht wurden. Unter anderem begrüßte der katholische Pfarrer Molnar aus Labach außerhalb des festgesetzten Programms den Herrn Präsidenten im Namen der Deutschen aus der Umgebung Preßburgs und sagte, daß er als offener Mann einige Klagen der deutschen Minorität vorbringen müsse. Der Herr Präsident antwortete hierauf mit einer improvisierten Rede, die wir im Auszuge nachstehend wiedergeben:

Ich war auf Ihre Rede nicht vorbereitet. Sie hat auf mich Eindruck gemacht. Sie haben offen gesprochen, wie ich es von Deutschen gewohnt war. Ich will zu Ihnen auch offen sprechen. Niemand hat den Krieg gewünscht; immer und auch im Anfange des Krieges war ich ein entschiedener Gegner des Militarismus und Imperialismus und habe erst später, als ich sah, daß der Krieg unvermeidlich fortschreite, den Entschluß gefaßt, meinem tschechischen Volke die Freiheit zu erkämpfen, die es nun besitzt. Der Friede ist kein vollkommenes Werk, jedes Menschenwert war und ist unvollkommen. Was die Minoritäten anbelangt, so bin ich der Meinung, daß man radikal ethnographische Grenzen der Staaten in Europa — nicht nur in einem Staate — machen könnte. Ich bin jeden Augenblick gewillt, eine solche Grenze anzunehmen, aber die sprachlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse sind so kompliziert, daß diese unmöglich ist. Es gibt in Europa keine größeren Staaten, aber auch keine kleineren, ausgenommen die allergeringsten, wo das möglich werden könnte. Jeder Staat ist ein gemischter Staat. Mit dieser Tatsache muß man rechnen. Die Deutschen in den böhmischen Ländern haben ihre historische Entwicklung durchgemacht und sind in unseren Staat organisch eingegliedert worden. Ein bedeutender tschechischer Politiker — Julius Gregr — hat den Deutschen angeboten, eine nationale Grenze zu ziehen, aber ich bin der Meinung, daß sie dies nicht annehmen würden. Denn was würde geschehen? Ein Teil des sogenannten abgeschlossenen Sprachgebietes würde abgetrennt, der andere und größere Teil nicht. Es ist im Interesse der Deutschen, daß sie mehr Volksgenossen

in der Republik haben, als weniger. Dasselbe gilt auch von den Magyaren. Ich will keine Refrimationen machen; aber Oesterreich-Ungarn war ein horrendes Unikum eines Staates, in welchem in einem Teile die Deutsche, in anderen die magyarische Minderheit die Mehrzahl der Bevölkerung ver Gewaltigte. Dieser Staat mußte zugrunde gehen. Ich will übrigens nur betonen, daß die Minderheit einsehen muß, daß dieser Staat endgültig konstituiert ist. (Slawaruse.) In dem Momente, wo alle Minderheiten das begreifen und auch die wenigen Nachbarstaaten, die eine so unerhörte illoyale Agitation betreiben, (Bravo-Rufe) kann es keine Refrimationen mehr geben. Ich verspreche und gebe Ihnen mein Wort, daß ich darauf sehen werde, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Nichtschür aller Handelns der Behörden werde. (Slawaruse.) Was die Frage der Kriegsanleihen betrifft, will ich auch offen sprechen. Im Anfange, als ich von der Heimat fern war und in Frankreich, Belgien und Rußland mich aufhielt, war ich gegen die Zahlung der Kriegsanleihen, weil ich das wahnsinnige Blutvergießen sah. Seingelehrt, habe ich mich überzeugt, daß die Armen und die Witwen von oben zum Zeichnen der Kriegsanleihen gezwungen wurden, wie auch jetzt noch Witwen und Waisen von Beamten und aus allen Klassen zu mir kommen und darüber klagen, daß sie den letzten Groschen hergeben mußten. Als ich dies sah, mußte ich mir sagen, daß ein Einlösen der Kriegsanleihen im Interesse unserer eigenen Bürger sei. Seither rate ich jedem Finanzminister, den Bedürfnissen der Kriegsanleihezeichner aufs Beste entgegenzukommen. Ich bin im Ernste aufrichtig bemüht, daß allen Bürgern, ohne Unterschied, volle Gerechtigkeit widerfähre. (Slawaruse.)

## Die Hungersnot in Rußland.

Tschitscherin lehnt eine Untersuchungskommission ab.

Moskau, 20. September. (Tsch. B. B.) Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat an die Regierungen der Ententemächte eine Note gesendet, in der er ausführt, die russische Regierung habe erfahren, daß die internationale Kommission unter dem Vorsitze Roussens andere Mächte, die bisher in der Kommission nicht vertreten sind, zu ersuchen beabsichtigt, sich auch in der Kommission vertreten zu lassen, und sich dann neuerlich an die russische Regierung wenden will, um abermals die Zulassung einer Untersuchungskommission zu verlangen. Die russische Regierung teilt im vorhinein mit, daß sie auch diese Kommission nicht zulassen wird. Dagegen wiederholt sie abermals ihre Bereitwilligkeit, direkt Auskünfte zu erteilen und weist auf das gute Einvernehmen hin, das zwischen ihr und den Vertretern der Ransenhilfe und jener Hoover besteht, die beide wirklich die Absicht hatten, den Hungernden zu helfen und nicht andere Zwecke unter dem Vorwande der Hilfeleistung verfolgen.

## Der Streit um Kleinasien.

Der Völkervereinigungstag als Schiedsrichter? London, 19. September. (Tsch. B. B.) „Daily Mail“ meldet, die Türken seien gleichfalls geneigt, den griechisch-türkischen Streitfall dem Völkervereinigungstag zu unterbreiten.

## Der französische Militarismus.

Schwarzes Kanonenfutter.

Paris, 19. September. Wie Sarraut einem Mitarbeiter des „Intransigeant“ erklärte, wird Frankreich in aller nächster Zeit die Militärpflicht herabsetzen und zwar dank seinen Kolonien, durch die Frankreich eine neue Militärorganisation erhalten habe. Es könne mit einer Eingeborenenarmee von 300.000 Mann rechnen.

## Regelung der Papfrage.

London, 19. September. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß die Besprechungen zwischen dem Staatssekretär Hughes und dem japanischen Botschafter in Washington über die Papfrage zu einer für beide Teile befriedigenden Regelung dieser Frage geführt hätten. Tokio müsse nur noch das Ergebnis dieser Beratungen offiziell billigen und dem japanischen Botschafter in Washington besondere Vollmachten zum Abschluß des Übereinkommens erteilen. (Die Insel Yap ist für Japan und Amerika wichtig als Kreuzungspunkt mehrerer Seebahnen.)

## Der Aufruhr in Indien.

London, 19. September. (Tsch. B. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Allahabad, daß die Bevölkerung gegen die Hindus den „Heiligen Krieg“ proklamiert habe, welche mit Gewalt zum Islam bekehrt werden sollen. Rikambur befindet sich ganz in den Händen der Aufständischen. Alle Regierungsgebäude in dieser Stadt sind niedergebrannt.

### Dre österreichische Nationalrat tritt zusammen.

Wien, 20. September. (Sch. N. B.) Für Donnerstag den 22. Sept. wurde der Ausschuss für Neuveres einberufen. Bundeskanzler Schöberl wird über den Stand der westungarischen Frage sowie über jene Maßnahmen berichten, welche die Regierung seit der letzten Sitzung dieses Ausschusses getroffen hat. Auch der Nationalrat dürfte früher zusammenzutreten, als ursprünglich gebracht zu werden. Nach den letzten Dispositionen war der Beginn der Herbstsession ungefähr für den 10. Oktober gedacht. Vorausichtlich wird aber der Nationalrat schon in der kommenden Woche eine Sitzung abhalten.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Dolori et amor!

„Gebet! Doch erparet es den Armen, die Hand anzustrecken.“

Döberl.

Wißt Ihr was Schulden sind? Ich habe deren wahrlich genug, aber keine drückt mich so sehr, wie die winzige von 4 Kopelen, die ich gerade heute vor 7 Jahren auf mich nahm.

Am 18. September des Jahres 1914 war es, daß ich auf einem groben Stode humpelnd dem Sanitätszug in Kurland, Südrußland, entstieg, um ins dortige Lazarett gebracht zu werden. Es gab viele neugierige Gaffer am Bahnsteig, die gekommen waren, die erste Siegesbeute Rußlands, verwundete Oesterreicher zu sehen, jene Barbaren, von denen die zaristischen Zeitungen in große Lettern berichtet hatten, wie sie den russischen Gefangenen die Hände ausreißten und die Augen ausstochten. Es wunderte uns daher nicht, daß ein klopiger russischer Hinterlands-Tschernowik (Beamter) mit grüner Tellerkappe und rotschänzender Schnapsnase seinem Patriotismus Ausdruck verleihend aus dem Gestrüch sich und auf den Bahnbamm verwies, wo wir bis über die Ähren im Schilme verankert. „Autrijci jaba!“ — österreichische Hunde, höre ich noch heute in meinen Ohren, aber auch französische Laute vernahm ich — Rußland war ja damals gerade in der Beziehung so hoch kultiviert. „Sich Madasha, das ist ein prussien“, wies ein den höchsten russischen Gesellschaftsreihen angehörendes Koffettengestrichchen mit ihrem Goldorgnon auf einen reichsdeutschen Kameraden „und das im antre chien“. (Anderer Hund — Autrijch — Oesterreicher.)

Ich konnte mich nicht enthalten auf dieses geistreiche Wortspiel eine echte Monmarzere Antwort im unterfächstigen Pariser Patois zu geben. „Merde, putain!“ Das Gouverneurs-Koffettchen ließ ihr Goldorgnon sinken, errödete bis über ihre geschminkte Ohren und wendete sich rasch auf den überhöhen Stödeln ihrer tabellosen Ladshulpen ab.

Und da geschah es. Russische Kouvois (Soldaten) mit langen aufgepflanzten Bajonetten ordneten unseren wankenden traurigen Transportzug, als sich ein Proletariatsweib im Kofftuch bettelhaft gelleidet, an mich heranprestete und mir etwas verstoßen in die Hand drückte. Ehe ich mich versah, war sie im Hausen verschwunden, um nicht wegen ihrer geschwundenen Handlung arretiert zu werden.

Ein abgegriffenes kupfernes Bierkopelenstück hielt ich in meiner Rechten. Und auch ich errödete vor Scham: mich — ich war Offizier — hat ein Bettelweib mit einer Kupfermünze beschenkt! Das Geldstück brannte mich. Ich sann und sann und die erste Freudenträne schlich sich über die Wimper — nach soviel Schaurigem und Häßlichem, das ich auf den Schlachtfeldern gesehen, nach soviel Haß und Erbarmungslosigkeit ein Strahl der Liebe!

Du russisches Bettelweib, bist du die arme Witwe, von der uns der Heiland der Christen erzählt?

Ich küßte heute nach 7 Jahren im Geiste deine abgearbeitete, schwielige Hand. Du hast mir nicht nur vier Kopelen geschenkt, du hast mir die Liebe zur Menschheit wiedergegeben, du hast mich so reich gemacht!

Der Mensch ist doch gut!

Und daher sprach ich heute morgens zu meinem Eheweib, die mich darob verwundert ansah, denn der Krieg hat uns so wenig gelassen: „Wenn sie für Rußland sammeln kommen, geb ihnen, ohne mich zu fragen, was wir gerade haben“.

G. Hüdel-Nemec.

**Kleinpächter, Achtung!** Das Gesetz über die Verlängerung der Kleinpachtungen auf weitere 3 Jahre vom 12. August, Nr. 313 d. Sig. d. G. u. B. wurde mit 6. September kundgemacht. Jeder Kleinpächter möge sofort mittels rekommendierender Schreibens unter Berufung auf das obige Gesetz dem Besitzer mitteilen, daß er die von ihm gepachteten Grundstücke für die im Gesetze vorgesehene Frist weiter in Pacht behält. Wir machen alle Kleinpächter aufmerksam, daß die Frist hierfür am 30. September zu Ende geht. Es veräume daher niemand die Geltendmachung seiner Ansprüche.

Die Wiener Telephonbeamten hochlozierten die Börse. Die Organisation der christlich-

sozialen Angestellten des Haupttelegraphen- und Telephonamtes beschloß in einer am Montag abgehaltenen vertraulichen Beratung, über die Wiener Börse den Boykott zu verhängen, welcher in der Weise durchgeführt werden soll, daß die Börse von der telegraphischen und telephonischen Verbindung angegeschlossen werden wird. — Gestern gegen 12 Uhr mittags versammelten sich auf dem Schottenring nächst der Börse etwa 2000 bis 3000 Personen, meist christlichsoziale Gewerkschaftler, um die Klärung und Schließung der Börse zu verlangen. Die Sicherheitswache, die an Ort und Stelle war, verbotete der Demonstranten begab sich in die Polizeischwerere Ausschreitungen. Eine Abordnung, wo ihnen erklärt wurde, daß alle Angelegenheiten im Spekulantentum entgegengetreten würde und daß zum Beispiel Montag in der Umgebung der Börse 31 Winkelhändler verhaftet worden seien, daß aber andererseits Vorkommnisse wie der heutige Versuch eines gewalttätigen Eindringens in die Börse im Auslande einen sehr üblen Eindruck machen würde. Die Abordnung wurde erlucht, auf die Menge beruhigend einzuwirken. Die radikaleren Elemente wurden von der Sicherheitswache zerstreut.

**Ueberfall auf Journalisten im Gerichtsgelände.** Der Journalist Otto Högl, Herausgeber des Blattes „Republika Československa“ führt mit dem Regierungsblatt „Československa Republika“ schon seit Längem Zeiten einen Kampf um die Priorität des Titels seines Blattes. Neuerdings vertiefte er auf ein eierartiges Mittel, sein ausschließliches Recht auf diesen Blatttitel nachzuweisen. Es passierte ihm nämlich zufällig, daß irrthümlicherweise auf sein Besitzverlassenkonto 1000 Kronen zugeschrieben wurden, welche Herr M. R. z. eingezogen hatte. Da Högl der Meinung war, daß dieser Irrtum durch die Reklamation im Titel seines Blattes mit dem des Regierungsblattes entstanden sei, behob er den Betrag von 1000 Kronen, obwohl er auf seine Rechnung nicht einmal eine Forderung von 50 K. stehen hatte, um nachzuweisen, daß gegen amtlichen Stellen eine Verwechslung zwischen seinem und dem Regierungsblatte unterlaufe. — Wegen dieser Handlung wurde er wegen Verbrechen des Betruges angefaßt und heute vormittags von einem viergliedrigen Richter Senat freigesprochen. Der Prozeß fand unter großem Zulauf statt, und man sah im Zuschauerraum auch die Mitarbeiter Högls den Reisenden A. W. Fritsch und den Redakteur Dr. Kusa. Nun ereignete sich Folgendes: Die Mitarbeiter Högls und namentlich seine Frau befürchteten, daß die Anwesenden Berichterstatter der tschechischen Blätter den Prozeß in einer Högl nicht genehmen Weise darstellen würden und um dem zuvorzukommen, stürzten sie sich auf die Journalistenloge, um die dort anwesenden Redakteure: Frau Stivin vom „Pravo Lidu“, Redakteur M. Hüblstein vom „Česko Slovo“, F. Nemec von der „Tribuna“ und O. Friczel von der „Narodni Listy“ durch Drohungen einzuschüchtern. Frau Högl drang zuerst in den Raum ein und beschimpfte die anwesenden Journalisten. Als Redakteur M. Hüblstein erklärte, daß der Raum nur für Journalisten bestimmt sei, erklärten Fritsch und Högl die gesamten Prager Journalisten für lässlich und Friczel fügte hinzu, daß es ihm als „anständigen amerikanischen Journalisten“ unmöglich sei, dem Schindler der tschechoslowakischen Tagespresse als Mitglied anzugehören. Dabei ergriß er Hüblstein an der Kehle. Die Journalisten verlangten nach diesem Austritt, vom Präsidenten des Strafgerichtes Garantien für die Sicherheit der Person im Gerichtsgelände. Der Präsident versicherte, daß ähnlichen Skandalen in Zukunft vorgebeugt werden würde.

**Die Deutschgelben als Schächer des tschechischen Staates.** Die Deutschnational-„Sozialisten“, die ja dem tschechischen Staate nicht deshalb bekämpfen, weil er ein Klassenstaat, sondern weil er ein tschechischer Staat ist, können sich im Haß gegen alles Tschechische nicht genug tun, liefern aber selber den Beweis dafür, daß ihnen auch der Nationalismus nur als Phrase dient und daß sie sogar bereit sind, ihren Tschechenhaß aufzuheben, wenn ihnen in irgend einem Augenblick die Situation hierzu günstig erscheint. Der Duxer „Tag“ enthielt vor einigen Tagen einen großausgemachten Artikel, betitelt „Tschechen und Juden“. Dieser Aufsatz geht von dem Streik der Bankbeamten aus, der deswegen gescheitert sei, weil die „jüdischen Banken der Regierung den Kredit verweigerten, den sie zur Auszahlung der Bezüge der Staatsangestellten von den Banken beanspruchte. Wir erwähnen hier nur nebenbei, daß an der Spitze derjenigen, die die Bankbeamten in ihrem gerechten Kampfe zwangen, die „Zivnostenska banka“ steht, die von den bekannten Axiern Dr. Preis und Dr. Raschin geführt wird und die überhaupt keine Juden beschäftigt. Das wissen die Schriftleiter des „Tag“ ganz gut, aber es ist ihnen merkwürdiger Weise auf einmal darum zu tun, den tschechischen Staat, gegen den sie doch sonst so glühenden Haß predigen, vor der riesengroßen Gefahr zu schützen, die ihm durch das Judenrum droht und die Angst, die die Deutschnationalen mit den Tschechnationalen auf einmal

so zitternd miterleben, geht so weit, daß sie sich den Tschechnationalen sogar als Bündnisfreunde antragen. Um das Judentum in der Tschechoslowakischen Republik nicht allmählich werden zu lassen, gibt der „Tag“ den Tschechen, die er sonst duzendweise verschlingt, folgenden Rat: Dem Staatsvolk wäre es wirklich besser, es stielte sich endlich mit den nationalen Minoritäten auf guten Fuß und verständliche im Verein mit diesen den allgemeinen Feind alles gesunden Lebens, — den Juden. Also die Herren, die sonst bei jeder Gelegenheit der Deutschen Minderheit die Irlandspolitik empfehlen, sie, die Deutschen der Deutschen, laßen nun die Tschechen zu einer gemeinsamen Front gegen die Juden ein. Wir werden uns den lebendigen Ruf der Deutschgelben an die Tschechen wohl merken, obwohl wir ganz gut wissen, daß sie auch weiterhin, an die niedrigsten Instanzen appellierend, wüßtesten Tschechenhaß predigen werden, den sie eben nur von Zeit zu Zeit durch Progromhete gegen die Juden unterbrechen. Die Deutschnationalen und Deutschnationalsozialisten haben kein anderes Mittel, um die wenigen Schafflein ihrer Herde zu erhalten, als die Politik des nationalen und des Rassenhasses. Ihnen selbst aber ist es weder um den Haß gegen die Juden, noch um den Haß gegen die Tschechen Ernst. Sie nehmen jeden zum Gefährten, der ihnen helfen kann, ihr künftiges politisches Dasein zu kräftigen, sie werden Verbündete der Tschechnationalen, wenn es gilt, den Antisemitismus zu verbreiten und sie nehmen zu Wahzeiten Geld von jüdischen Großkapitalisten, um die Propaganda zu bezahlen, mit der sie den Sozialdemokraten ein paar Stimmen abjagen. Daß sie in ihrer Demagogie sogar die Dummheit begehen werden, sich offen in eine Front mit den Tschechnationalen zu stellen, hätten wir doch nicht erwartet. Nun fehlt nur noch der tschechische Jude, der den Deutschgelben bei ihrer neuesten Deutsch-tschechischen Aktion gegen Juda mit Rat und Tat zur Seite steht.

**„Deutsche Speisefarte.“** In einem großen Hamburger Restaurant verzeichnete dieser Tage ein „Mém.“ unter anderen französisch und englisch gelaunten Speisen folgende „Spezialitäten“:

Schweinsfilet mit pommes frités. Hindenburg-Steak garniert en Cofferolle. Filetsteak mit Ei und Hindernissen. Napoleon-Kirschen.

Hindenburg in der französischen Cofferolle und deutsche Kirschen mit dem Namen des französischen Eroberers — wie einträchtig prangen sie nebeneinander auf der Speisefarte jener „Deutschen“, die bei Beginn des Krieges in wüthender Sprachreinigung ihre nationale Gefinnung zum Ausdruck brachten! Heute verzehren sie ohne besondere Beschwerden ihr französisch-englisches Filet-Steak mit (gut deutschem) Ei und (gut deutschen) Hindernissen. Der Napoleon „geniert“ sie gar nicht mehr.

**Der „Liebe Arpad“ liegt Junge.** Man erinnert sich wohl der vor einigen Tagen seitens Sowjetrußlands erhobenen Beschuldigung, daß die polnische Regierung zum Bolschewikengegner Sawinkow intime Beziehungen unterhalte. Das Material Tschechnischer scheint schwer belastend zu sein. Denn Herr Strunnt hat sich bemüht gesehen, einen Generalsstabsoffizier Myslowski auf die Beine zu stellen, der bereit ist, bei Wodka und der heiligen Mutter von Czestochau zu schwören, daß er alle Dokumente der russischen Regierung gefälscht und den armen Narren Tschechnischer blamabel betrogen habe. Einen besseren Beweis dafür, wie bloßgestellt sich die polnischen Herren fühlen, können wir uns gar nicht vorstellen. Denn wie verzweifelt schlecht muß es um ihre Ausreden stehen, wenn sie sich auf die Wege des „Lieben Arpad Reich“ in seinem Kampf gegen die Dokumente der „Arbeiterzeitung“ begeben?!

**Verhaftung eines russischen Konterrevolutionärs.** Die Agentur „Ost Expres“ meldet aus Kiga: Der in der Mongolei von Roten Truppen gefangene Heerführer Baron Ungern-Sternberg ist dem sibirischen Revolutionstribunal übergeben worden, unter der Auflage, daß er die Pläne Japans verwirklichen wolle, nämlich einen Pufferstaat zu bilden und die Republik des Fernen Ostens zu vernichten, durch Ausrufung einer Monarchie mit Michael Romanow an der Spitze.

**Der Pazifismus der französischen Freimaurer.** Aus Paris wird gemeldet: In der Hauptversammlung der dem französischen Großorient angehörenden Delegierten der Freimaurerlogen teilte der Bisepäsident mit, es werde binnen kurzem eine internationale Konferenz der Freimaurer nach Genf einberufen werden. Er hob die pazifistischen Wünsche des Großorient hervor und bemerkte, an diesen Zusammensitzungen könnten französische Delegierte an der Seite von Vertretern deutscher Logen teilnehmen, wenn die letzteren die von Deutschland im Laufe des Krieges begangenen Vergewaltigungen der Grundzüge der Gerechtigkeit und

der Humanität mißbilligen werden. — Den französischen Freimaurern scheinen also durch Frankreich die „Grundzüge der Gerechtigkeit und der Humanität“ während des Krieges und nachher nirgends verlernt worden zu sein. Diese Pazifisten machen sich die Arbeit wirklich leicht. Von ihren Logen aus predigen sie in jedem Lande ganz dieselbe einseitige Gerechtigkeit, mit der die Pfaffen auf allen Kanzeln die Schwärter der eigenen Nation sequeten.

**Ein diebischer Eisenbahnbeamter.** Am 1. September verfuhr der Eisenbahninspektor Zereda aus Adnigran im Zuge eine Reisetasche mit verschiedenen Gegenständen im Werte von 20.000 Kronen. Die Tasche wurde vom Schaffner gefunden und im Verkehrsbüro auf dem Denzsbahnhof abgegeben. Als sich der Verlußtträger dort meldete, war die Tasche nicht zu finden und es wurde festgestellt, daß sie sich der Telegraphenbeamten Karl Sawlicek, dem sie übergeben worden war, angeeignet hatte. Sawlicek gestand nach längerem Leugnen die Tat ein und gab an, daß er die Sachen zu seiner Schwester nach Soosien gebracht habe, wo sie auch tatsächlich aufgefunden wurden. Sawlicek wurde dem Landesstaatsgericht eingeliefert.

**Räubersicher Einbruch.** Am 7. September drangen nach 10 Uhr abends drei unbekannte, mit Revolvern bewaffnete Männer in die Wohnung des Benzel Schulz auf der Eintracht bei Dofar ein und raubten 300 Kronen in Bar und Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von etwa 400 Kronen. Vor dem Hause hielten zwei andere Männer Wache. Nach den Räubern wird gefahndet.

**Unfälle.** Am Wischowitz Bahnhof wurde gestern um 11 Uhr nachmittags der Bahnhüter Konstantin der Staatsbahnen Alois Keidl aus Wischowitz von der Lokomotive ergriffen, wobei er beide Hüfte und eine Rippe brach und eine schwere Verletzung am Kopfe erlitt. Er wurde denn mit dem Automobil der Rettungs-gesellschaft ins allgemeine Krankenhaus überführt. — Der Wischowitz Antiker des Prantler Bräuhauses Mathias Koschik fuhr vorgestern abends mit einem zweiköpfigen Lastwagen von Dofar gegen Prantl. Pöhlisch schauten die Berde und Koschik fiel vom Wagen herab, wobei ihm der linke Fuß über dem Knöchel zerquetsert wurde. Er wurde ins allgemeine Krankenhaus überführt. — Das Personenauto N-VI-116 fuhr gestern nachmittags in der Königsstraße in Lieben gegen einen Baum, wodurch die darin stehenden Personen Friedrich Wagner, Weinbändler aus Prag und seine Frau Olga und der Vertreter Erich Rakfa aus Lieben auf das Straßengestell geschleudert wurden. Rakfa erhielt eine Verwundung am rechten Bein und Hüfte. Die Frau Olga Wagner erhielt eine Verletzung der Halswirbel. Der Unfall war dadurch entstanden, daß der Chauffeur während der Fahrt die Verbindungsschraube des Vorderackes mit dem Bolzen verloren hatte und daher das Automobil nicht mehr aufhalten konnte.

### Literatur.

**„Sibirien als Wirtschaftskraum — Einführung in das Leben Sibiriens“** von Richard Pohle. Kurt Schroeder, Verlag, Bonn und Leipzig 1921. Der Verfasser gibt zunächst eine kurze Geschichte des Landes, um dann das ungeheure Gebiet geographisch und wirtschafts-geographisch im einzelnen zu beschreiben. Von besonderem Interesse ist die Schilderung des Einflusses Japans in Sibirien. Die Schlussfolgerungen, die der Verfasser zieht, können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden: Das Land hat vorläufig noch rein kolonialen Charakter, es hat fast gar keine Industrie und nur geringen Eigenhandel. Es ist zu ungedeutet und wird von zu wenig Menschen bewohnt, es hat zu wenig Arbeitskräfte. Die Sibirie wird vielleicht von der selben Klasse kolonisiert werden, Westsibirien könnte ein Kolonisationsland für europäische Ansiedler werden. Das Buchlein ist übersichtlich geschrieben und informativ. st.

### Kunst und Wissen.

Frau Roland verabschiedet sich heute in der „Zarin“. — Die Reihe der heutigen Aufführungen wird Samstag mit der Operette von Wilhelm Schmidbommes neuer Komödie „Die Schauspieler“ eröffnet. Leopold Kramer freiert die Rolle des „Herrn zu Pferde“. Neues Theater. Morgen Donnerstag die neuinszenierte Vorhänge-Oper „Bar und Zimmermann“. Freitag Beethovens „Fidelio“. Dirigent: Zemlinsk. Samstag nach 10 Uhr Nachvorstellung des neuen Operettenschwantes „Scheidungsreise“, Sonntag nachmittags die Neuinszenierung von Hauptmanns „Weber“. Abends neuinszeniert Bizets „Djamileh“ und Donizettis „Lucia von Lamermoor“.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Die Zentralgewerkschaftskommission zur Ernährungsfrage und zur zunehmenden Teuerung.** In ihrer Sitzung am 16. September 1921 beschäftigte sich die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der gegenwertigen Ernährungsfrage, und mit der durch die Ernährungspolitik der Regierung hervorgerufenen Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung. Einleitend berichtete der Sekretär der Zentralgewerkschaftskommission, daß aus einzelnen Gebieten und Berufs-

gruppen Anregungen vorliegen, in der Ernährungsfrage entscheidende Schritte zu unternehmen und Vorkehrungen zur Abwehr der Folgen zu treffen, die aus den zu erwartenden Preissteigerungen aller Lebensbedürfnisse für die breiten Massen der Arbeiter entstehen müssen. In der Aussprache darüber, an der sich die meisten Kommissionsmitglieder beteiligten, wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß vor allem die Regierung und die bürgerlichen Parteien für die Zustände verantwortlich sind, die aus dem völligen Zusammenbrüche der staatlichen Lebensmittelversorgung hervorgehen, weil beide unter dem Druck der Agrarier dem freien Handel auch auf dem Lebensmittelmarkt die Bahn frei gemacht haben. Alle Warnungen der sozialdemokratischen Vertreter im Parlament wurden überhört, die bürgerlichen Parteien waren versessen darauf, so rasch als möglich die staatliche Versorgung mit Lebensmitteln los zu werden und den Agrariern einen vollen Sieg in ihrem Kampfe um größere Gewinne zu sichern. Die Wirkungen zeigen sich bereits. Ein großer Teil der Arbeitererschaft ist aus der staatlichen Brot- und Mehlerzeugung ausgeschieden und auch der kleine Teil, der noch die Mehl- und Brotkarten erhält, muß höhere Preise als die bisher üblichen dafür zahlen. Dazu kommt noch, daß im allgemeinen eine Teuerungswelle hereinbricht, die erhöhte Warenumschlagsteuer sich in den Preisen aller Waren empfindlich bemerkbar machen wird und die Wohnungspreise in die Höhe gehen. Einen Ausweg kann die Arbeitererschaft nur durch Erämpfung höherer Löhne herbeiführen, worauf in den nächsten Wochen die Gewerkschaften ihr Augenmerk zu richten haben werden. Nach eingehender Beratung wird beschloffen, Mitte Oktober eine neuerliche Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission einzuberufen und daran anschließend eine Vorstandskonferenz abzuhalten, in der über die in der Angelegenheit der zunehmenden Teuerung zu unternehmenden Schritte endgültig entschieden werden soll. Die Verbände sind dahin zu unterrichten, daß möglichst genaue Angaben aus den Kreisen der Mitglieder über die Verteuerung der Lebenshaltung eingeholt werden, mit welchen Angaben die Lohnforderungen der Arbeitererschaft belegt werden sollen. Gleichzeitig sind die Gewerkschaftsverbände auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß den Unternehmern durch den Wegfall der Brotkrone mit 4. September eine Ersparnis erwachsen ist, die schon jetzt in bestimmten Fällen zur Gewährung einer Teuerungszulage benutzt werden kann. Die Vorstandskonferenz wird sich außerdem mit den nötigen Vorarbeiten zur Durchführung des Gesetzes über die Betriebsauschüsse zu beschäftigen. Leider entspricht das Gesetz nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und des Senats keineswegs den Ansprüchen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, weil es alle Betriebe mit unter dreißig Arbeitern ausschließt und den Wirkungskreis der Betriebsauschüsse (Betriebsräte) viel weiter einschränkt, als es in den gleichen Gesetzen in Deutschland und Österreich geschieht. Die Gewerkschaftsverbände und ihre Vertreter werden darauf bedacht sein, daß bei Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses, die notwendigen Verbesserungen des Gesetzes über die Betriebsauschüsse verlangt und durchgesetzt werden. Sowohl in der Frage der zunehmenden Teuerung und der Abwehr ihrer Folgen, als auch in Sachen des Betriebsrätegesetzes ist mit dem tschechoslowakischen Zentralgewerkschaftsrat wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu treten. — In zweiter Reihe befaßte sich die Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission mit den Vorgängen im Arbeiterhilfsausschuß für Rußland, aus dem die kommunistische Partei ausgeschieden ist. Die Beschlüsse der Exekutive der Zentralge-

werkschaftskommission, die zur Durchführung der Unterstützungsaktion für Rußland gefaßt und an die Verbände hinausgegeben wurden, werden von der Sitzung einstimmig bestätigt. Sollten sich weitere Änderungen im Arbeiterhilfsausschuß vollziehen, so wird die Zentralgewerkschaftskommission trotzdem daran festhalten, im Wege des internationalen Gewerkschaftsbundes die von den Verbänden und ihren Mitgliedern ausgebrachten Mittel ihrem Zwecke zuzuführen.

**Innere Kämpfe in den tschechischen Gewerkschaften.** In der letzten Zeit haben sich die Gegensätze innerhalb der tschechischen Gewerkschaften verschärft. Die Prager Zentralgewerkschaftskommission sieht sich veranlaßt, einen Aufruf gegen die kommunistische Wählarbeit in den Gewerkschaften zu erlassen, in dem es unter anderem heißt: „worüber ist die Zeit der Zerstörung, es beginnt die Zeit schöpferischer Arbeit. Die kommunistische Partei jedoch rechnet augenscheinlich nach ihren Kundgebungen und Aktionen lediglich mit der Verzweiflung. Das kann jedoch nicht die Politik der gewerkschaftlichen Organisationen sein, denn solche Richtlinien bestimmt der Gegner, nicht aber die eigene Kraft und freie Entscheidung. Einen schlechten Dienst leistet der Arbeitererschaft derjenige, der es ihrem Klassengegner ermöglicht, sich über ihre Schwächen zu freuen und ihre Reserven vorzeitig in der schlechtesten Zeit, auf die schwächsten Positionen herauszulösen. Die Taktik des Kampfes der Gewerkschaftskommission war immer eigenes Werk, das Ergebnis vertraulicher, enger Beratungen und ängstlicher, verantwortungsvoller Entscheidung. Heute schreibt jedoch jeder unerfahrene Verfasser von Angriffen den Gewerkschaftsorganisationen vor, was sie machen sollen. Er fühlt nicht die Verantwortung, weil die Niederlage der Arbeitererschaft für ihn neues Agitationsmaterial darstellt. Diese kurzfristige Politik wird freilich nicht nur die Gewerkschaftskommission, sondern auch die Arbeitererschaft büßen müssen.“ — Dagegen stellte sich die Landeskonferenz der tschechischen Gewerkschaften in Mähren auf einen anderen Standpunkt. In den dort angenommenen Resolutionen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter das Vertrauen in kleine Kämpfe verlieren und alle ihre Hoffnungen in die Massenabwehr der Angriffe der Unternehmer setzen. Deswegen muß sich die Gewerkschaftsorganisation gemäß den russischen Methoden umwandeln. Es wird die Einberufung einer allgewerkschaftlichen Konferenz verlangt, in der Anträge beraten werden sollen, wonach die bisherigen gewerkschaftlichen Verbände in einen Verband vereinigt werden und die einzelnen Branchen Sektionen dieses Verbandes bilden. Statt der vielen Gewerkschaftsblätter soll ein gewerkschaftliches Tagblatt erscheinen. Außerdem wurden auf der Konferenz für die Döbrauer Bergarbeiter und für das jugoslawische Proletariat Sympathiekundgebungen beschloffen.

**Keine passive Resistenz auf den Eisenbahnen.** Das Nachmittagsblatt des „Rude Pravo“ hatte am Montag gemeldet, daß die passive Resistenz auf den Eisenbahnen an demselben Abend um sieben Uhr abends beginnen werde. Wie die beiden tschechischen Eisenbahnerorganisationen mitteilen, stehen sie mit der im „Rude Pravo“ veröffentlichten Mitteilung in keinerlei Zusammenhang.

Die Gerstenausfuhr doch verboten? Bekanntlich hat der Ministerrat vor einigen Tagen beschloffen, 1000 Waggons Gerste zur Ausfuhr zuzulassen. Damit waren aber die Mälzer nicht einverstanden und der Vorsitzende des Mälzerverbandes, der ehemalige Minister Sonntag sowie der Sekretär dieses Verbandes, der frühere Ministerialrat Tamahyna,

ließen nun im Interesse der Mälzer Sturm gegen die beabsichtigte Gerstenausfuhr. Es ist ihnen auch gelungen, den Beschluß des Ministerrates umzustossen, woraus man ersieht, daß sogar ein Beschluß des Ministerrates umgestoßen werden kann, wenn er den Interessen eines bestimmten Kreises der Agrarier entgegensteht. Den Konsumenten könnte das, wenn irgend eine Verfügung ihren Interessen zuwider ist, sicherlich nicht gelingen. Man ersieht daraus, daß die Agrarier die mächtigste Gesellschaftsklasse in diesem Staate sind, was in der Ernennung eines der ihren zum Ministerpräsidenten auch äußerlich zum Ausdruck kommen wird.

**Die Teuerung in Österreich.** Die katastrophalen Wirkungen der fortschreitenden Entwertung der österreichischen Krone ersieht man aus dem Preisindex, den wir dem „Österreichischen Volkswirt“ entnehmen. Es sind darin die Preise für Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und Sonstiges für das erste Halbjahr 1914 und im September 1921 vergleichsweise zusammengestellt. Darnach betrug der Index für die Vorkriegszeit 161.15, für diesen Monat jedoch 17.278.60. Es ist also das Leben in Deutschösterreich gegenwärtig 107mal so teuer wie es vor dem Krieg gewesen ist. Wenn beispielsweise jemand in Wien vor dem Krieg 300 K monatlich verdient hat, ein Einkommen, bei dem eine Familie schlecht und recht ihr Auslangen fand, so müßte dieselbe Person heute mehr als 30.000 K im Monat verdienen, was natürlich nur bei Schiefern, Bucherern, selbständigen Unternehmern und Bankdirektoren der Fall ist. Selbst wenn ein Mensch in Wien heute ein monatliches Einkommen von 10.000 K hat, beträgt sein Reallohn nur ein Drittel dessen, was ein Arbeiter oder Angestellter verdient hat, der ein monatliches Einkommen von 300 K oder einen Wochenlohn von 75 K gehabt hat.

**Irischer Eisenbahnerstreik.** Nach einer Meldung der „Humanitee“ aus London ist ein Streik der irischen Eisenbahner ausgebrochen, weil sich die Gesellschaften geweigert haben, über eine von ihnen beabsichtigte Lohnherabsetzung von 6 Schilling pro Woche für die Lagerverwalter Besprechung mit den Vertretern des Arbeiterverbandes abzuhalten.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländ. Gulden 2666%, 100 Mark 81%, 100 schweiz. Franken 1451%, 100 schwed. Kronen 1821%, 100 Lire 316, 100 franz. Franken 599, 1 Pf. Sterling 315%, 1 Dollar 85, 100 belg. Franken 595%, 100 Peso 1091%, 100 Dinar 154%, 100 Lei 85, 100 österr. Kronen 5.47%, 100 poln. Mark 2.15, 100 ung. Kronen 15.40.

Arbeitslosigkeit der Mitgliederstand erhalten werden konnte. Den Kommunisten war es nur in vier Orten von 53 des ganzen Bezirkes möglich, kommunistische Zellen zu errichten. Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse: Die Bildungsarbeit ist im Bezirke zweckentsprechend zu organisieren, der Kampf gegen die Zerstörungsarbeit der Kommunisten ist energisch fortzusetzen, um wieder Klarheit in die Köpfe der Arbeitererschaft zu bringen. Die Jugendorganisation, Turn- und Gesangsvereine sind tatkräftig zu unterstützen. Die Ernährungsverhältnisse sind durch das Parlament neu zu regeln, die Arbeitererschaft hat den Kampf gegen jede Verschlechterung der Lebensverhältnisse energisch aufzunehmen. Die Kinderfreunde Bewegung ist überall dort, wo die Vorbedingungen gegeben sind, zu fördern und es sind Genossinnen und Genossen zu suchen, welche sich in den Dienst der Kinderfreundeorganisation stellen. Ein Antrag, welcher das Wahlverfahren zur Aufstellung von Kandidaten in die Nationalversammlung und in den Senat neu regelt, wurde an den Parteitag gestellt. Zwischen Partei und Gewerkschaft soll künftig eine innigere Zusammenarbeit plattformartig, auch wird von den Angestellten in den Parteiufern (Konsumvereinen) eine tatkräftige Mitarbeit verlangt.

**Die Bezirkskonferenz Teplitz,** die Sonntag, den 18. September, in Teplitz tagte, war von 33 Lokalorganisationen besetzt. Aus dem Sekretariatsbericht geht hervor, daß es den fortgesetzten Versuchen von Links und Rechts doch nicht gelang, das Volkswort der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Teplitzer Bezirke in seinen Grundgedanken zu lockern. Keine einzige Lokalorganisation im Bezirke wurde an die Kommunisten verloren. Auch aus dem Klassenbericht ist zu entnehmen, daß die Organisation so fest wie bisher steht. Der Jugendorganisation im Bezirke ist es gelungen, 23 Gruppen teilweise zu erhalten, teilweise neu aufzubauen. Von den kommunistischen Gruppen dagegen entfallen nur noch vier eine Versammlungstätigkeit, während man von den übrigen schon seit langem nichts mehr hört. Die Konferenz, auf deren Tagesordnung unter anderem ein Referat des Senators Genossen Dr. Heller über „die politische Lage“ stand, nahm einstimmig folgende drei Anträge an: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und den Klub der Abgeordneten und Senatoren, 1. eine Aktion für die Gesetzgebung der Alters- und Invalidenversicherung und Witwen- und Waisenversorgung einzuleiten, 2. in der nächsten Session mit allen verfügbaren Mitteln für die Trennung von Kirche und Staat und Kirche und Schule einzutreten, 3. in der Nationalversammlung einen Antrag einzubringen, wonach die tschechische Sprache für alle Volks-, Bürger- und Mittelschulen als relativ obligatorischer Unterrichtsgegenstand eingeführt wird. Als Delegierte zum Parteitag wurden folgende Genossen gewählt: Vorkoch Ehrenfried-Teplitz, Mittler Wenzel-Juchmantel, Bahelt Johann-Turn, Liehwal Anna-Weiskirch und Jordan Emilie-Preaschid. Die Wahl der neuen Bezirksvertretung ergab: Bezirksvertrauensmann Kramler Heinrich, erste Stellvertreterin Jordan Emilie-Preaschid, zweite Stellvertreter Bahelt Johann-Turn, Kassier Kraml Alois-Teplitz, Stellvertreterin Kühnel Anna-Turn, Bezirkssekretär Vorkoch Ehrenfried-Teplitz.

**Turnen und Sport.** Bezirksmeister „Gleichheit“ Kuffig-Verchensel — Bezirksmeister Kaden 4:1. Halbzeit 2:1, Eden 5:1. „Gleichheit“ gewann mit Leichtigkeit das Spiel und ist dadurch zum Kreismeister zweiter Stelle vorgerückt. Schiedsrichter Oyst-Lederer-Teplitz leitete das Spiel zur vollsten Zufriedenheit.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Gastwirtschaft**  
**„Lidový dům“**  
 der Genossenschaft „Ganymed“  
 Prag II., Hybernská 7.  
 Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

**Konsumvereine** führt nur  
**Libaner Presshete**  
 Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.  
 25 Fabrik: Liban.

**Sämtliche Druckaufträge**  
 übernimmt 98  
 Lidová knihkárna A. Němec a spol.  
 („Pravo Lidu“)  
 PRAG II., Hybernská 7. :: Tel. 4999.

**Restaurant „Goldenes Kreuzel“**  
 18 Prag II., Nekázanka 7.  
 Bürgerliche Küche, erstkl. Biere u. Weine.  
 Sehenswürdigkeit Prags: „Kreuzelkeller“.

Mit Parteilogitimation 5% Rabatt!  
**„EPOCHA“**  
 Ungeziefer-Isolierapparat.  
 Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe.  
 Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857.  
 „Epocha“ chem. Präparate und Apparate  
 Prag I., Jakubská 4.  
 Telefon 3458b.  
 Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

**Kassen**  
 feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma  
**Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag**  
 Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748  
**Büro- und Geschäfts-Einrichtungen**  
 amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2  
**R. Kominik, Prag II.,** Revoluční 9. Telefon 6514-1111.

**Frische Preiselbeeren**  
 in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst. Tagespreise 7  
**Josef Červený,** Klattau 4, Böhmerwald.  
**Ebermanns**  
 Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64  
 Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.  
 Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Für Konsumvereine, Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen übernimmt zu **Spezialkonditionen** 81 die Import- und Export-Expedition  
**J. H. BASCH, PRAG**  
 Internationale und Übersee-Transporte.  
**Spezialhaus für** 4  
**Spitzen, Stickerei, Tulle**  
**Vorhänge**  
**A. R. Rmschelberg**  
 Prag, ulice 28, Pilsna 1.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!

# Der Arbeitsmarkt im ersten Vierteljahr 1921.

Die Neuordnung der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt in der Tschechoslowakei wurde durch einen Beschluß des Staatsrates für Statistik angebahnt, wodurch im ganzen Gebiet der Republik ab 1. Jänner 1921 die Berichterstattung bis zum 10. jedes Monats für alle Arbeitsvermittlungsinstitutionen obligatorisch gemacht wird. Die Ziffern über die Monate Jänner, Februar und März 1921 werden nunmehr von Dr. Reif im Amtsblatt des Staatsamtes für Statistik mitgeteilt. Die Tabellen, die ein so düsteres Bild bieten, sind leider recht einfach und wenig gegliedert, man kann die Ergebnisse fast nur als Rohergebnisse bezeichnen, wenn man auch berücksichtigen muß, daß die ganze Arbeitsmarktsstatistik bei uns erst neu geregelt und in der Slowakei sogar erst neu geschaffen werden mußte. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß beispielsweise in Böhmen, wo die Arbeitsvermittlung doch schon jahrelang eingelebt ist, im Jänner 1921 von 100 offenen Stellen nur 61,7 besetzt wurden. In Deutschland, dessen statistische Ausweise über den Arbeitsmarkt an Schnelligkeit und detaillierter Darstellung nichts zu wünschen übrig lassen, ist die Quote der besetzten Stellen gegenüber den offenen eine viel höhere und Prozentziffern von 90 und darüber keine Seltenheit.

Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden betrug im Jänner 112.758, im Februar 123.731, d. i. um 9,7 Prozent, und im März 133.836, d. i. um 18,7 Prozent mehr als im Jänner. Die Zahl der offenen Stellen betrug im Jänner 43.838, im Februar 50.396 und im März 59.067, also um 14,8 Prozent, bezw. 34,8 Prozent mehr als im Jänner. Vom Jänner bis März sind also 21.078 Arbeitsuchende zugewachsen, die offenen Stellen haben aber nur um 15.229 zugenommen. Es ist sehr zu bedauern, daß Dr. Reif hier nicht mehr ins Detail geht. Er führt an, daß die gesteigerte Intensität der Anmeldeung auch eine Vermehrung der absoluten Befragungsziffer zur Folge hatte, nämlich 27.413, 26.813 und 33.146, der Prozentfuß der Arbeitsuchenden, die untergebracht werden konnten, hielt sich aber auf ungefähr gleicher Höhe, nämlich 24,3 Prozent, 21,7 Prozent und 24,8 Prozent. Hier wäre eine eingehende statistische Darlegung dringend erforderlich. Denn wenn trotz der höheren Zahl an offenen Stellen immer nur ein Viertel der Arbeitsuchenden untergebracht wird, so drückt das deutlich aus, daß bei den übrigen drei Vierteln der gesamten Zahl von Arbeitsuchenden die Gefahr besteht, daß sie langfristige Arbeitslose werden. Allerdings stellt sich die Verhältniszahl der offenen Stellen zu den Arbeitsuchenden günstiger als die der wirklich besetzten Stellen: sie betrug im Jänner 38,8, im Februar 40,7 und stieg im März auf 44,1 Prozent. In Deutschland ist es im Juli d. J. gelungen, nahezu die Hälfte aller Arbeitsuchenden (49,16 Prozent) unterzubringen und nahezu drei Viertel (74,39 Prozent) aller offenen Stellen zu besetzen.

Was die Vermittlungstätigkeit der einzelnen Anstalten betrifft, so war nur bei den gewerbetreibenden Anstalten die Zahl der offenen Stellen größer als die der Arbeitsuchenden, im März sogar um 21,2 Prozent, eine Erscheinung, die mit der hohen Qualität der Arbeitsuchenden zu erklären sein dürfte. Diese Anstalten haben auch prozentuell am meisten untergebracht,

nämlich 45,6 bis 46,6 Prozent der Arbeitsuchenden. Den Hauptandrang hatten die öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlungen zu bewältigen, die ungefähr dreimal soviel Arbeitsuchende unterbringen mußten als alle anderen Anstalten zusammengenommen. Trotzdem haben sie 62,3 bis 66,5 Prozent der offenen Stellen besetzt, was eine anerkannt wertvolle Leistung ist. Die gewerkschaftlichen Vermittlungsanstalten konnten im Jänner noch 56,9 Prozent der offenen Stellen besetzen, im Februar nur mehr 24,5 Prozent, im März 29,3 Prozent.

Die Ziffern über den Arbeitsandrang und die Beschäftigungsmöglichkeit in den einzelnen Branchen kennzeichnen nur wieder einmal deutlich die schlechte Lage unserer Industrie im letzten Winter. Wir erkennen aus diesen offiziellen Ziffern über die letzten Wintermonate, daß z. B. in der Nahrungsmittelindustrie im Jänner auf 100 Arbeitsuchende nur 8,1 freie Stellen entfielen, in der Textilindustrie im Februar 11,1 und daß in der Maschinen- und Verkehrsmittelindustrie die Zahl der Arbeitsuchenden sechs- bis siebenmal größer war als die der offenen Stellen. Inzwischen ist in einigen Branchen im März eine gewisse Besserung eingetreten, so ist z. B. im Baugewerbe die Zahl der offenen Stellen auf mehr als das Doppelte gestiegen. Zusammenfassend meint der Verfasser, daß in der Land- und Forstwirtschaft Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, bei häuslichen Dienstnehmern ein Mangel an Arbeitskräften und in Industrie und Handel ein großer Ueberschuß an Arbeitsuchenden besteht.

Allerdings leidet das ganze Bild an einem großen Mangel: es fehlen wichtige Details der territorialen Organisation. Die Schlussziffern nach einzelnen Ländern zusammengesetzt können nicht genügen. Denn alle Länder, sind auch in nationaler Hinsicht nicht einheitlich und es drängt sich unwillkürlich die Frage auf: in welchen Städten und Bezirken waren Angebot und Nachfrage besonders günstig und in welchen besonders ungünstig? Die vom Ministerium für soziale Fürsorge herausgegebenen Ausweise über die Zahl der Arbeitslosen bieten für die Beantwortung dieser Frage gewisse Anhaltspunkte. Es sind namentlich die deutschen Industriegegenden, die unter der schleichenden Wirtschaftskrise am bittersten und — was für Maßnahmen produktiver Arbeitslosenfürsorge erheblich ins Gewicht fällt — am längsten leiden. Wenn über diese Erscheinung statistisches Material der Arbeitsnachweise im Detail veröffentlicht würde, so könnte die Klarheit der Ziffern nur überzeugender wirken. Vom Standpunkt sozialer und volkswirtschaftlicher Notwendigkeit würde man es vielleicht einsehen, daß der Arbeitsuchende, der schon längere Zeit — etwa ein halbes Jahr — die Türschwelle in der Arbeitsvermittlung putzen muß, auch einmal außer seiner großen Unterstützung einen größeren Zuschuß notwendig hat. Jetzt macht man in Deutschland langfristige Erwerbslosen einmalige Anschaffungsbeiträge von 500 Mark pro Person flüssig, allerdings nicht in Geld, sondern in Bedarfsgegenständen, wobei dort die verteilenden Stellen scharf darauf sehen, daß den armen Leuten gute Ware und nicht etwa der letzte Schund geliefert wird. Eine andere Lehre, die man aus den mitgeteilten Ziffern ziehen könnte, ist die schleunige und konsequente Durchführung von Vorschlägen sind wohl genug gemacht worden, Maßnahmen produktiver Arbeitslosenfürsorge, aber es sind in der Mehrzahl nur gut gemeinte

Ratschläge geblieben. Erst kürzlich hat die Arbeitsgeberorganisation der Slowakei der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie die produktiven Notstandsarbeiten vernachlässigt, eine Beschwerde, die von gewerkschaftlicher Seite immer wieder erhoben wird. Wenn es nicht gelingt, aufgestellte Leitsätze in die lebensvolle Wirklichkeit umzusetzen, dann werden die kommenden Monate der Arbeitsmarktsstatistik ein umso trübleres Bild bringen müssen.

## Ausland.

### Beamtenelend in Deutschösterreich

Die Not der deutschösterreichischen Beamten hat diese wieder einmal gezwungen, an die Regierung mit Forderungen heranzutreten. Mit einem Aufwand von 1 1/2 Milliarden erhalten sie vorderhand eine einmalige Zuschüsse in der Höhe des halben Monatsgehältes, im ganzen soll der einzelne mit 4500 K bedacht werden. Angesichts der Preise in Deutschösterreich bedeutet dieser einmalige Zuschuß so gut wie nichts, der Staat aber wird bei seiner Armut durch die Höhe der Gesamtsummen schwer belastet. Schwer belastet wird das Proletariat, da es die Unkosten mit indirekten Steuern trägt. Die Unmöglichkeit des Staatsgebildes, welches der Friede von St. Germain geschaffen hat, kommt eben in jeder Kleinigkeit zum Ausdruck.

### Ungarisch-polnischer Waffenschmuggel.

Vor einigen Tagen machte durch die Presse ein Brief die Runde, welcher zeigte, in welcher ungeheurer Menge Ungarn und Polen auch jetzt noch aus Deutschösterreich Waffen und Munition erhalten, natürlich für die Zwecke der Gegenrevolution, des Krieges mit Rußland, um Oberschlesien u. dgl. Überflüssiger Weise teilt nun die Wiener Regierung mit, daß diese Transporte nicht von auswärts erfolgt und den Aemtern auch unbekannt seien. Daran haben wir nie geglaubt. Wofür klappt denn die Organisation des internationalen Schmuggels so vorzüglich? Die polnischen und ungarischen Militärbehörden werden vermutlich trotzdem die Wiener amtliche Mitteilung als Alibi für sich auszunutzen versuchen. Nun, wohl bekommt's. Oben in jeder Kleinigkeit kein vernünftiger Mensch.

### Die Thronfolge im südbalkanischen Königreich.

Das jugoslawische Presbüro verbreitet sich in ziemlich aufgeregtem Tone über die Meldungen, daß der Bruder des Königs Alexander, Prinz Georg, Anspruch auf die Thronfolge erhebe und daß darnach die Verhältnisse des Staates recht ungefestigt erschienen. Wir entnehmen dem offiziellen Bericht mit der gebührenden Ehrfurcht, daß dem nicht so sei und daß Prinz Georg nebst einigen anderen erbberechtigten Prinzen als erster den Thron ererbt habe. Die Saragevgerische schau eben, seitdem sie im Blut der Obrenowitsche ihr inzwischen gewaltig angewachsenes Thronchen errichtet haben, auf gute europäische Sitten. Also lieb Vaterland magst ruhig sein.

Bukarest, 20. September. Der Widerstand gegen das Kabinett Waracu wächst. Die transsilvanische Nationalpartei verlangt seine Demission, reine Wahlen und die Bildung eines

Konzentrationskabinetts. Ebenso kündigen ihn die Liberalen heftigen Kampf an.

Warschau, 20. September. (Tsch. P. P. Funk.) In Lemberg hat eine Versammlung der Staatsangestellten stattgefunden, in der als niedrigste Entlohnung für die Staatsangestellten 50.000 poln. Mark verlangt wurde.

Warschau, 19. September. (P. T. A.) Das Ministerium des Aeußeren wird wie bisher von Esterl geleitet werden.

Warschau, 19. September. (P. T. A.) Die lettlandische Regierung verlanbart amtlich, daß Lettland in den Völkerbund aufgenommen wurde.

Warschau, 19. September. (P. T. A.) Die Verhandlungen der polnisch-russischen Abgrenzungskommission sind beendet. Im Einklange mit dem in Riga abgeschlossenen Vertrage wurden die Polen zuerkannten Gebiete von den Bolschewiken geräumt.

Budapest, 19. September. (M. A. B.) Dem „Pester Lloyd“ zufolge hat Finanzminister Hegedüs seine Demission überreicht, weil er sich außerstande sieht, die Notenpresse ruhen zu lassen. Eine anderweitige Rekonstruktion des Kabinetts ist nicht beabsichtigt.

## Kommunisten untereinander.

### Die tschechischen Kommunisten gegen die deutschen.

Das Zentralorgan der tschechischen Kommunisten „Rude Pravo“ bepricht ausführlich die letzte Sitzung des Parteivorstandes der deutschen kommunistischen Partei und knüpft daran folgende allgemeine Bemerkungen:

„So wie der Verlauf des Moskauer Kongresses, so zeigt auch der jetzige Beschluß des Parteivorstandes der deutschen kommunistischen Partei. (Ann. d. Red.), daß in wichtigen Dingen unser kritischer Standpunkt berechtigt war. Darum wird es auch nicht als störend empfunden werden dürfen, wenn wir auf dem Vereinigungsparteitag in vollem Umfange und in voller Deutlichkeit einige Fragen zur Diskussion bringen werden (organisatorischer, taktischer, finanzieller und persönlicher Art), über die es unter uns sehr klare Vereinbarungen wird geben müssen, sollen wir die Sicherheit haben, daß wir wirklich gute Freunde bleiben. Jeder würde sich täuschen, der denken würde, daß diese Dinge sich umgehen oder durch irgend ein Diktat erledigen lassen würden, durch eine Ueberraschung, durch ein Stellen vor fertige Tatsachen oder eine solche persönliche Befehung der künftigen Körperschaften der gemeinsamen Partei, welche den Willen und die Intentionen der tschechischen Partei nicht genügend zum Ausdruck bringen würde. Insbesondere hinsichtlich der finanziellen Dinge muß in jeder Hinsicht schon vor dem Parteitag alles klar gestellt werden. Nur so können wir der überaus unelbischen und gleichzeitig sehr ernstlichen Ueberraschung ausweichen, welche nach der Vereinigung unsere Jugendorganisation durchmachen müßte und die noch lange nicht überwunden und beendet ist. Auch die Fälle von Verräthern in der letzten Zeit so häufig, daß wir darob nachdenklich werden müssen und daß wir auf dem Parteitag die Umstände in Erwägung ziehen müssen, unter welchen diese typisch erwachsen. Der wirkliche demokratische Zentralismus, der aus der eigenen

## Fenilleton.

### Der Berg.

Von Karl Capel.

Jetzt schien der ganze Berg nur eine neblige Masse. Der Kommissär trat vor das Haus hinaus und blickte auf den ungeheuren Körper des Berges, als forderte er ihn zum Kampf heraus.

Jetzt sollte Slavik Zeuge von Ereignissen werden, die ihn nicht nur durch die einzelnen Begebenheiten überraschten, sondern auch durch ihre besondere Art. Er fand sich mitten in einem kollektiven Geschehen und nahm selber daran teil; er war dabei, als die kleine und plötzliche, fast militärisch zuchtvolle Organisation entstand und in Schwung kam; und doch war sein genauer und bestimmter Eindruck das Gefühl eines unsinnigen Chaos.

Erst später sah er ein, daß dem vielleicht nicht anders sein konnte; aber bei der Bewegung der Handlung selbst, als er selber ein Glied der geführten Truppe war, litt er unaussprechlich unter allen diesen rauhen Schwereigenschaften, unter dem Zeitverderb, Warten und Stocken ohne Ende; ebenso litt er unter dem brüsklen Uebergang zur Tat, der sturzhaften Nachtheit des Handelns und der unordentlichen Hast der ganzen Aktion. Fast mit Verwunderung dachte er an die Augenblicke, wo er allein gehandelt hatte; er fand in ihnen soviel besonderes persönliches und zusammenhängendes Tempo, daß er jetzt nur mühsam sich selbst erkannte in dem unruhigen, hastvollen und kollektiven Geschehen, daran er sich beteiligte.

Ihm war schwer und unklar zumute. In einem der ärgsten Augenblicke der ganzen Verfolgung, nachts auf dem Gipfel des Berges herumstolpernd, empfand er das Beklemmende

der Situation; und er dachte an Soldaten, an unzählige Heere, an eine kleine Wache, die auf einen Befehl wartet, an die kleine Schar, die einen Verbrecher im Gebirge verfolgt, an den Verbrecher, vereinsamtes und jessames Wesen, das aus seiner Einsamkeit ich weiß nicht welche Ueberlegenheit schöpft, und an sich selbst; da setzte er sich auf einen Stein und schrie; der Nacht nicht achtend, mit seiner winzigen, knappen, bitteren Schrift auf ein Blatt des Notizbuches:

„Wesen der Organisation: Aus dir einen Körper zu machen, Du bist ein ausübender Körper, von einem fremden Willen gelenkt; du bist ein Teil — und als — eine wesentlich abhängige Sache. Den Führer erkannt habend, hast du die Motive und das Ziel, den Willen und die Entscheidung auf ihn übertragen; und es verbleibt dir nur die passive Seele, welche du als ein Leiden empfindest.“

„Gut,“ sagte schließlich der Kommissär, „wir umzingeln den Berg. Wir sind zwölf, und dazu lasse ich noch Gendarmen holen; wir werden zwanzig sein. Vier von uns besetzen den Fahrweg; Sie, Herr, werden sie führen. Vier bleiben als Wache auf dem Fußpfad; Sie, Herr, nehmen dies auf sich. Anders als über den Weg kann sich der Mörder in der Nacht nicht fortwagen. Ich selbst steige den Fußpfad empor. Jemand kommt mit mir.“

„Ja,“ meldete sich Slavik.

„Gut. Detektiv Pilbauer begibt sich gleichzeitig auf den Fahrweg. Jemand Mutiger geht mit ihm.“

„Ja,“ meldete sich Jevisek, entschlossen die Brille zurechtzuredend.

„Gut. Bei der Einschichte treffen wir uns. Bis die Gendarmen kommen, bleiben zwei unten bei den Wegen als Wache. Mit den übrigen

steigt ihr alle auf den Gipfel des Berges zur Einschichte empor. — Antreten, meine Herren!“

So ward der Berg umzingelt.

Es dämmerte schon, als Kommissär Lebeda und Slavik den Gipfel des Berges erklimmen. Obgleich es dunkel und rauh regnete, pfiff der Kommissär dünn vor sich hin wie ein zufriedenes Vöglein. „Was sagen Sie dazu?“ fragte er auf einmal.

„Ich wundere mich,“ sagte Slavik; „ich habe geglaubt... ich habe mir die ganze Sache anders vorgestellt. Mich interessierte die Lösung; ich fühlte ein Geheimnis in all dem... Aber dies hier ist nur eine Jagd. Ein Varenzug. Verfolgung eines Verbrechers.“

„Was andres haben Sie erwartet?“

„Eine Lösung. Der ganze Fall ist maßlos dunkel. Es ist etwas Ungewöhnliches geschehen. Schon der namenlose Tote, — haben Sie das nicht gleich, gleich über ihm gefühlt?“

„Ja,“ sagte der Kommissär. „Ich weiß eigentlich nicht warum, aber — es ist so rätselhaft. Ich denke ungern daran.“

„Seit früh martere ich mich,“ fuhr Slavik fort. „Nedes Geheimnis ist wie eine Aufgabe, und nur darum muß ich mich damit befassen. Mich interessiert nicht, daß es ein Verbrecher ist; aber daß es so unerklärlich ist. Nur deshalb muß ich dem nachgehen.“

„Bis wir ihn fangen,“ sagte der Kommissär.

„Ja,“ wandte Slavik ein, „anstatt das Geheimnis zu lösen, wollen wir es nur erkunden. Einfach verpöhen. Das eben gefällt mir nicht. Das ist fürchtbar unintelligent. Vielleicht fangen wir ihn, aber es wird nur mehr das rohe Interesse des Faktums sein. Das Geheimnis ist eine Sache der Seele; jedes Rätsel ist gleichsam von geistigem Hauch umweht. — Nur wenn er dem Rätsel begegnet, wird sich

der Mensch des eigenen Geistes bewußt; und er empfindet Zittern und Bangheit, Timor Dei.. Angst des Geistes. Der Materialismus ist überhaupt ohne Geheimnis. Ohne Angst. Ohne Mut zur Angst. Kurz, ich habe eine innere Lösung erwartet.“

„Haben Sie vielleicht einen Revolver bei sich?“ fragte der Kommissär.

„Nein,“ sagte Slavik verdriehtlich.

„Schade. Ich auch nicht.“

„Sie sehen,“ fuhr Slavik fort, „das alles ist nur Romantik. Nach! Berge! Und zu alledem noch ein Revolver! Uebrigens haben wir den Weg verloren! Wie ist das alles ängstlich!“

„Nein, Herr, schauen Sie,“ wandte der Kommissär friedlich ein, „wir Detektive sind wahrlich keine Philosophen. Für uns ist das eine rein technische Angelegenheit der Praxis. Glauben Sie, Herr, eine jede Praxis sieht von ferne romantisch aus. Auch der Revolver ist nur ein Werkzeug, genau so wie eine Zange oder ein Pfiff. Uebrigens haben wir den Weg nicht verloren.“

Schweigend stiegen sie wieder den rauhen Weg hinauf, der phantastisch bleich war unter dem dunkelnden Wald; er schien unwirklich und eilte mit ihren Schritten voran wie eine Ahnung. „Haben Sie eine innere Lösung erwartet?“ ließ sich plötzlich der Kommissär vernehmen. „Über im Metier gibt es keine innerlichen Lösungen. Vielleicht wäre es möglich, ein Feld durch ein bloßes Gebet fruchtbar zu machen; aber das wäre technisch schlecht. Vielleicht sind die innerlichen Wege die kürzesten und direktesten von allen; aber sie sind technisch unwirksam. Vielleicht wäre es möglich, ein Verbrecher durch eine bloße stillische Ahnung zu erraten; aber die Intuition ist unsachgemäß. Alle Detektive in den Romanen ax

Kraft erwächst, die enge Vereinigung mit den proletarischen Massen und ihren Augenblicksinteressen, die rücksichtslose Zertrümmerung der auftretenden Tendenzen des nationalen Bolschewismus und tiefrevolutionäre Moral sind die unerlässlichen Grundlagen, auf denen die internationale einheitliche kommunistische Partei sich geistlich entwickeln kann.

Die Sprache, die hier das „Rude Bravo“ wegen die deutschen Kommunisten führt, ist so scharf, wie dies seit der Enttöschung der kommunistischen Bewegung noch nicht der Fall gewesen ist. Die Gegensätze zwischen den deutschen und den tschechischen Kommunisten müssen schwerer sein, wenn das Zentralorgan der tschechischen Kommunisten gegen die deutschen Kommunisten in so außerordentlicher Form Beschuldigungen erhebt.

Die Greuel der Horthybanditen.

In den letzten Tagen hat die Wiener Politische Korrespondenz den Auszug eines amtlichen Protokolls veröffentlicht, das mit dem zur Einrückung ins Burgenland kommandiert gewesenen österreichischen Finanzwachoberkommissär Richard Strohschneider nach seiner Rückkehr aufgenommen wurde.

tschechischen Angriff, bei dem die Ungarn mit Maschinengewehren und Handgranaten vorgingen. Vor der Hebermacht des Gegners zurückweichend, wurde die Kolonne bei Bubendorf von den Banden angehalten und drei Serdarmen und sieben Finanzwachbeamte gefangen genommen. Auf die Oesterreicher, die sich ergeben mußten, kam der ungarische Sturmmann, ein Oberleutnant in Zivilkleidung, zu und sagte ihnen: „Hier steht ihr Pro-nazigruppen, ihr kommunistisches Gefindel mit eurer kommunistischen Regierung!“

Der Streik bei der Firma Anton Richters Söhne, Mildenan, beendet.

Die angekündigte Aussperrung für den Friedländer Bezirk widerrufen. Ueber die Enttöschung und den Stand dieses Streikes wurde mehrmals berichtet, so daß auf die ganze Vorgeschichte an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden braucht.

September die Aussperrung der Textilarbeiter für den Friedländer Bezirk an.

Im Laufe der Vorwoche trat eine Wendung der Dinge ein, als sich die Arbeitgeberhauptstelle der Unternehmerorganisation an unsere Zentralgewerkschaftskommission mit dem Vorschlage wendete, eine Aussprache zwischen den beiden Zentralstellen zwecks Abmahnung neuer Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes zu halten.

„Wann ist er gekommen?“ fragte der Kommissär hastig.

„Vor einem Stündchen. Er wollte ein Nachlager. Er ist auf dem Boden.“ „Ich komme gleich,“ erscholl plötzlich von oben eine mächtige, heisere Stimme. „Ich bleibe mich nur an.“

„Was ist Ihnen?“ schrie Slavik auf.

„Nichts,“ stammelte der Kommissär, „es ist nichts... Nur die Furcht... Einen Augenblick! Warten Sie einen Augenblick!“ „Weshalb fürchten Sie sich?“ „Ich weiß nicht... Nur das, was sie von ihm sagten... Ich wollte nicht daran denken. Sie spüren es nicht?“

„Nein, nur die Angst des Geistes.“

„Das ist es nicht. Etwas Schlimmeres, Furcht... Ich ertrage es nicht.“ „Kommen Sie lieber,“ drängte Slavik, dem nicht wohl zu werden begann... „Gleich... Gehen Sie voraus. Leise. Gehen Sie!“ Es ging nur auf allen viere zwischen Felsen hindurch. Vielleicht kann man nicht mehr höher. „Gehen Sie!“ stieß der Kommissär zwischen den Fahren hervor. Sich Hände und Arme geröhrend, krallte sich Slavik hinan; erst als er den Pfad wieder fand, durchfuhr ihn ein Schauer des Entsetzens: Es hätte ja genügt, mit einem Fuße auszugleiten —

sich mit dem Wiedereintritt der ausgetretenen Arbeiter in die Union der Textilarbeiter innerhalb 14 Tagen zu beschäftigen.

Punkt 4: Beinhaltet, daß im Falle der Annahme dieser Vorschläge der Streik und die angekündigte Aussperrung einvernehmlich aufgehoben wird. Dieses Ergebnis wurde in der am gleichen Tage noch abgehaltenen Versammlung der Streikenden mit eingehender Begründung durch den Vertreter der Union der Textilarbeiter, Genossen Dr. Bohlav diesen vorgelegt und erfolgte nach abgeführter Debatte die Annahme der Vorschläge und dann der einstimmige Beschluß auf Wiederaufnahme der Arbeit am Montag den 19. d. M. Die angekündigte Aussperrung wurde inzwischen von der Arbeitgeberhauptstelle widerrufen. Damit ist dieser schwierige Konflikt mit einem annehmbaren Resultate beendet.

Kleine Chronik.

Eine furchtbare Grubenkatastrophe in Australien. — 70 Bergleute verschüttet.

Brisbane, 19. September. Durch eine Gasexplosion in den Bergwerken bei Cairns wurden 70 Bergleute verschüttet. Man befürchtet, daß fast alle tot sind.

70 Bergleute verschüttet! Fast alle tot!... Eine furchtbare Meldung, über die das Auge keines Arbeiters hinweggleiten kann, ohne daß es zur gleichen Zeit das namenlose Unglückschaubild, das durch diese Katastrophe über so viele Profetarierfamilien hereingebrochen ist. Wir beklagen die Todesopfer, wir süßen mit den Hinterbliebenen, die, obzwar Tausende Meilen von uns getrennt, unsere Brüder, unsere Schwestern sind. Die Bergleute, die da im australischen Queensland auf dem Schlachtfeld der Arbeit fielen, wurden hingemordet von dem System, das die Arbeitenden ausbeutet, ohne sie zu schützen.

Eisenbahnerstreik in Oesterreich. Wien, 20. September. (Tsch. P. B.)

Wie die Abendblätter melden, sind heute mittags die Bediensteten der Südbahn in den Streik getreten, um die Auszahlung einer gleichmäßigen Rostandsaushilfe von 4500 K für alle Bediensteten zu erwirken. Um 1 Uhr mittags hat der Streik auch auf den Ostbahnhof übergegriffen. Im Eisenbahnministerium finden Verhandlungen mit den Vertrauensleuten der Bediensteten zwecks sofortiger Wiederaufnahme des Betriebes statt.

Die „Erwachsenen Ungarn“. Graz, 20. September. (Tsch. P. B.)

Die „Erwachsenen Ungarn“. Graz, 20. September. (Tsch. P. B.) Die „Tagespost“ meldet aus Laibach: Die Grenzbestimmungskommission, welche die Grenze zwischen Jugoslawien und Magyarien bestimmt, sei auf ihrem Wege an die nördliche Grenze in Mura-Szombat eingelangt. Die magyarischen Agitatoren hätten aus diesem Anlaß eine große Menge magyarischer und magyarenfreundlich gestimmter Bauern in der Stadt versammelt, um eine Demonstration vor der interalliierten Kommission zu veranstalten.

Ueberschwemmung einer spanischen Stadt. Paris, 19. September.

Nach einer Habasmeldung aus Madrid wird aus Matilla del Palancar gemeldet, daß die Stadt durch einen Gewitterregen überschwemmt wurde. 30 Häuser sind eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden getötet.

Ein Millionen-Postraub. Augsburg, 19. September. (Wolff.)

Hier ist ein Postwagen geraubt worden, wobei Reichsschatzanweisungen im Gesamtwerte von fast sechs Millionen Mark und noch verschiedene Aktien von einem Unbekannten gestohlen worden, ohne daß der Postillon von dem Raube etwas gemerkt hatte.

Ein schwerer Automobilunglück in der Schweiz. Paris, 20. September. (Habas.)

„Eso de Paris“ meldet aus Genf, daß sich ein Automobil, in welchem 10 Kinder saßen, auf einem Abhänge bei Chaux de Fonds überschlug. Drei Kinder wurden getötet, 12 verletzt.